

20 MINUTEN-/TAMEDIA- ABSTIMMUNGSUMFRAGE



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 24. November 2024
Auswertung 1. Umfragewelle
Sperrfrist: 9. Oktober, 6.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

Inhaltsverzeichnis

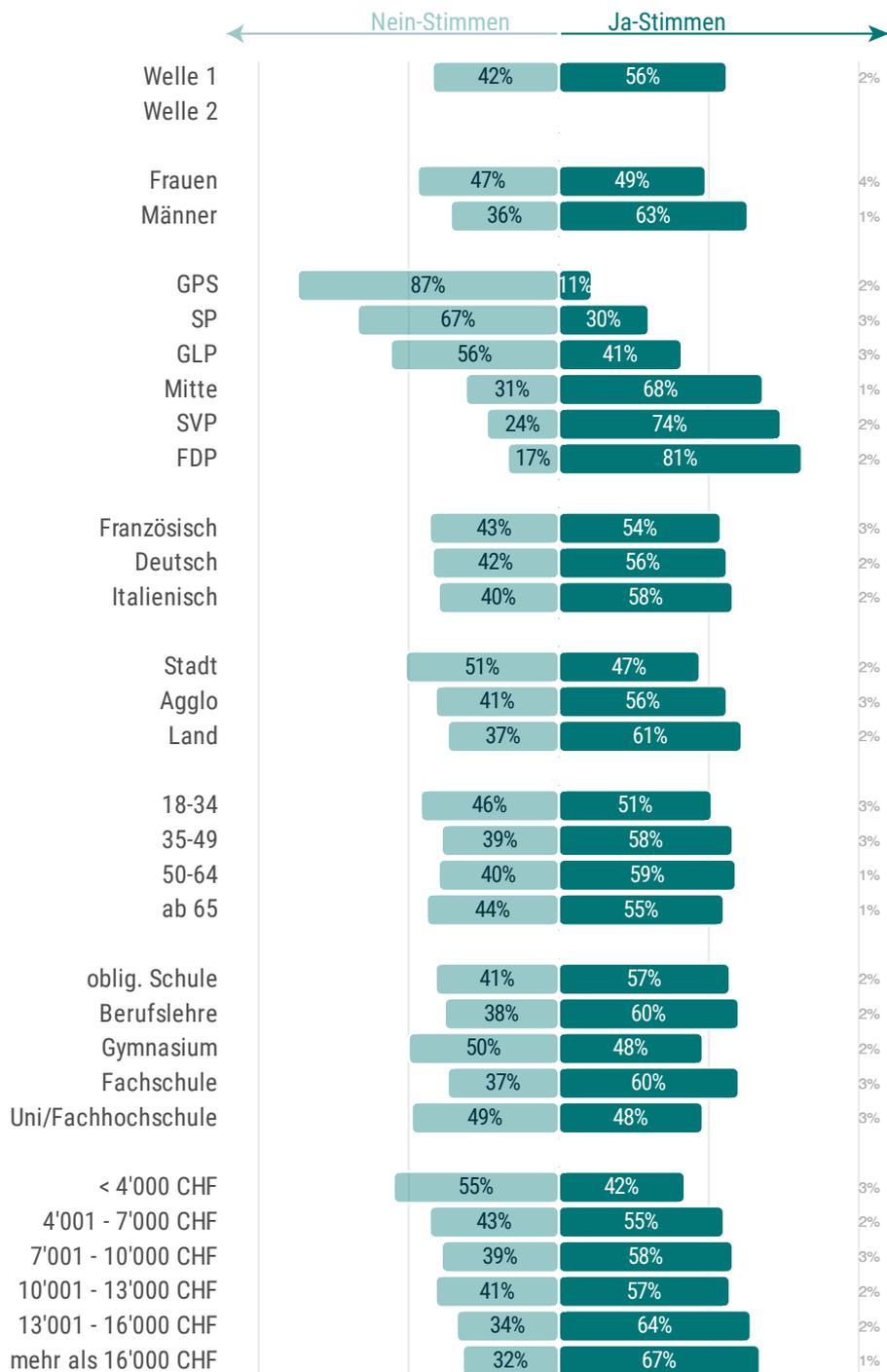
Zusammenfassung der Resultate	7
1 Autobahnausbau	12
1.1 Unterstützung nach Geschlecht	13
1.2 Unterstützung nach Parteien	14
1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	15
1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	16
1.5 Unterstützung nach Alter	17
1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	18
1.7 Unterstützung nach Einkommen	19
1.8 Argumente	20
2 Änderung des Mietrechts zur Untermiete	21
2.1 Unterstützung nach Geschlecht	22
2.2 Unterstützung nach Parteien	23
2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	24
2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	25
2.5 Unterstützung nach Alter	26
2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	27
2.7 Unterstützung nach Einkommen	28
2.8 Argumente	29
3 Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs	30
3.1 Unterstützung nach Geschlecht	31
3.2 Unterstützung nach Parteien	32
3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	33
3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	34
3.5 Unterstützung nach Alter	35
3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	36
3.7 Unterstützung nach Einkommen	37
3.8 Argumente	38
4 Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen	39
4.1 Unterstützung nach Geschlecht	40
4.2 Unterstützung nach Parteien	41
4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	42
4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	43
4.5 Unterstützung nach Alter	44
4.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	45
4.7 Unterstützung nach Einkommen	46
4.8 Argumente	47
5 Technische Details	48



6	Statistische Unschärfe	48
7	Methodik der offenen <i>design</i>-basierten Umfragen	50
8	Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?	52



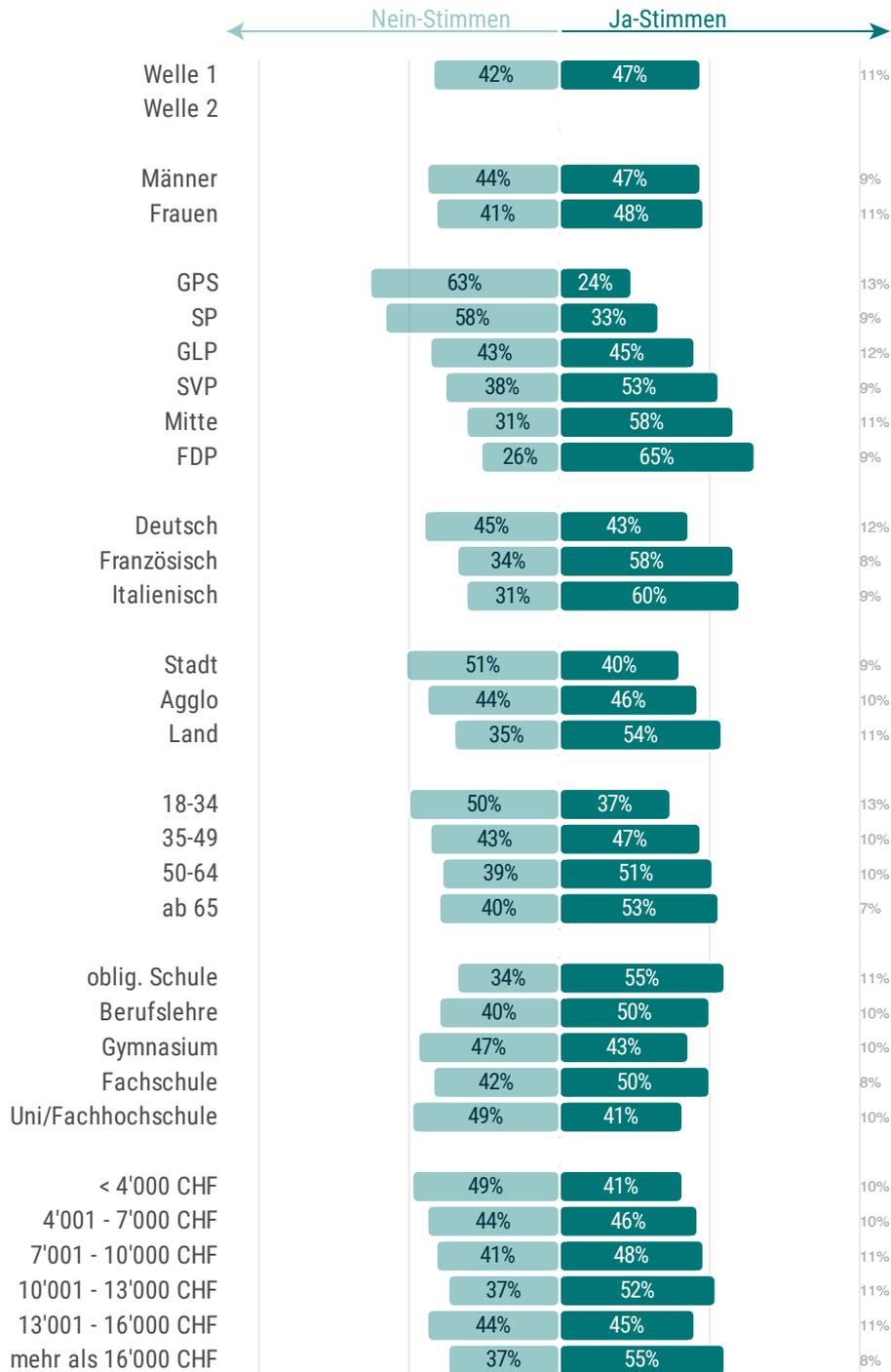
Autobahnausbau



Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.



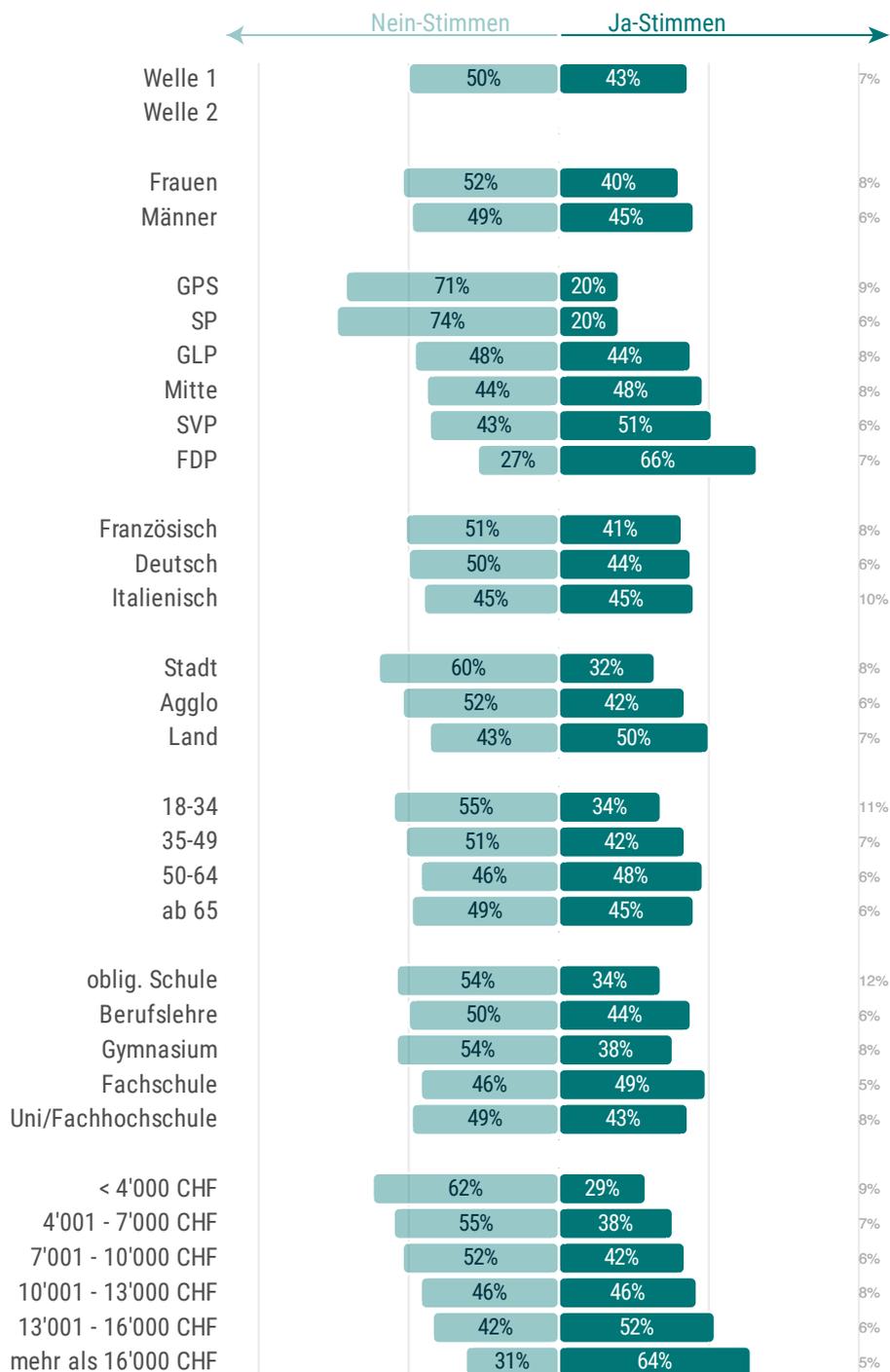
Änderung des Mietrechts zur Untermiete



Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.



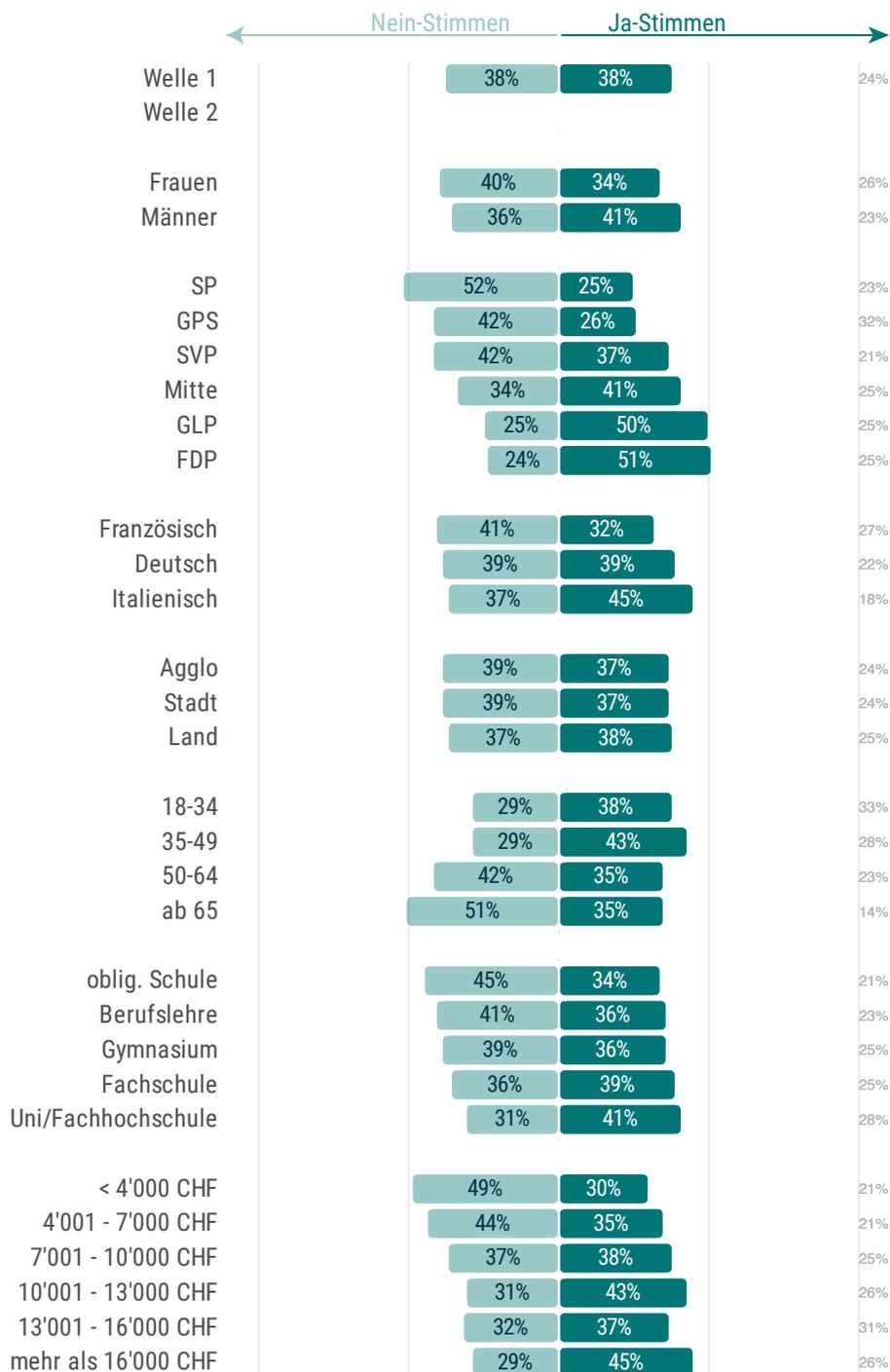
Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs



Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.



Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen



Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.



Zusammenfassung der Resultate

Am 24. November 2024 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über vier nationale Vorlagen ab: Zum einen über den Autobahnausbau, zum anderen über zwei Mietvorlagen sowie über eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen im Gesundheitswesen. Gemäss der ersten Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage, die am 2. und 3. Oktober 2024 online war, wird der Autobahnausbau zum aktuellen Zeitpunkt von einer Mehrheit der Stimmberechtigten unterstützt (56% Ja, bei 42% Nein und 2% Unentschiedene). Die erste Mietvorlage (Untermiete) kommt auf 47% Ja-Stimmen (bei 42% Nein und 11% Unentschiedene). Die zweite Mietvorlage (Eigenbedarf) auf 43% Ja-Stimmen (bei 50% Nein und 7% Unentschiedene) und die Vorlage zur einheitlichen Finanzierung stationärer und ambulanter Leistungen auf 38% Ja-Stimmen (bei 38% Nein und 24% Unentschiedene). Mit Ausnahme der ersten Vorlage, haben alle einen relativ hohen Anteil an Unentschiedenen und an «eher Ja»- und «eher Nein»-Antworten, was bezeichnend ist für eine noch nicht gefestigte Meinungsbildung. Daher ist zu erwarten, dass sich Zustimmungswerte im Verlauf der Abstimmungskampagnen noch verändern werden.

Autobahnausbau

Der Autobahnausbau wird von der Anhängerschaft der FDP, der SVP sowie der Mitte deutlich unterstützt. Die GPS-Basis wie auch die Wählenden der SP und GLP sprechen sich gegen die Vorlage aus. Unterschiede in der Stimmabsicht zeigen sich auch beim Geschlecht und dem Siedlungstyp. Männer unterstützen das Anliegen stärker als Frauen und der Ja-Anteil bei Personen, die in der Stadt wohnen, ist mit 47% tiefer als bei jenen, die auf dem Land wohnen (61% Ja). Zudem steigt die Zustimmung mit zunehmendem Einkommen.

Die Befürwortenden überzeugt insbesondere ein Argument: Der Ausbau Sorge dafür, dass es zu weniger Staus und damit auch zu einer Entlastung der Städte und Dörfer vor Ausweichverkehr komme. Für die Gegnerschaft der Vorlage überzeugt vor allem, dass mehr Strassen mehr Verkehr bedeuten. Staus nähmen bei einem Ausbau nur kurzfristig ab, wie die Erfahrung und die Verkehrsforschung zeigen.

Änderung des Mietrechts zur Untermiete

Die Änderung des Mietrechts zur Untermiete wird von der Anhängerschaft der FDP, der Mitte sowie der SVP unterstützt. Die Grünen, die SP sowie die GLP sprechen sich gegen die Vorlage aus, jedoch ist zu betonen, dass noch viele Stimmenden keine Angaben zu ihren Stimmabsichten machen. Unterschiede in der Stimmabsicht zeigen sich auch bei den Sprachgruppen sowie dem Siedlungstyp. Die italienisch- und die französischsprachige Schweiz unterstützen das Anliegen stärker als die deutschsprachige Schweiz und der Ja-Anteil bei Personen, die in der Stadt wohnen, ist mit 40% tiefer als bei jenen, die auf dem Land wohnhaft sind (54% Ja).

Die Befürwortenden überzeugen insbesondere zwei Argumente: Die Gesetzesänderung verhindere einerseits, dass eine Mieterin oder ein Mieter eine Wohnung zum Beispiel auf Vermietungsplattformen zu einem überhöhten Preis untervermiete. Zum anderen schaffen die neuen Bestim-



mungen Transparenz und Rechtssicherheit, was sowohl Vermieterinnen und Vermietern als auch den Untermietenden zugutekomme. Für die Gegnerschaft der Vorlage kommen dagegen drei Argumente ins Spiel: Die Vorlage sei überflüssig, da das Gesetz heute schon die Bekämpfung von Missbräuchen ermögliche. So seien zum Beispiel zu hohe Mieten für die Untervermietung bereits verboten. Auch der Kündigungsschutz werde aufgeweicht, da Vermietende künftig aufgrund einer missbräuchlichen Untermiete eine Kündigung mit einer Frist von nur 30 Tagen aussprechen könnten und die Gesetzesänderung erschwere Mieterinnen und Mietern das Teilen von hohen Mietkosten, etwa durch Untervermietung eines Einzelzimmers.

Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs

Die zweite Mietrechtsvorlage, die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs, wird aktuell von 43% der Stimmenden unterstützt. Es zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei der Änderung des Mietrechts bezüglich Untermiete: GPS und SP-Basis sprechen sich deutlich gegen die Vorlage aus, während die Anhängerschaften der anderen Parteien weniger skeptisch sind. Die Zustimmung ist zudem höher auf dem Land als in der Stadt und der Agglomeration und sie steigt mit ansteigendem Einkommen.

Die Befürwortenden überzeugt insbesondere das Argument, dass die Eigentumsfreiheit gestärkt werde, da Eigenbedarfs-Kündigungen mit der Gesetzesänderungen besser durchgesetzt werden können. Die Gegnerschaft meint dagegen, dass die Vorlage Kündigungen unter dem Vorwand des Eigenbedarfs begünstige, um Mieter und Mieterinnen loszuwerden und Wohnungen nachher teurer neu zu vermieten.

Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen

Als letzte Vorlage kommt die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen vor das Stimmvolk. Gemäss der 1. Umfragewelle sprechen sich 38% für und 38% gegen die Vorlage aus. Mehr noch als bei den beiden Mietvorlagen gilt zu bedenken, dass ein Viertel der Stimmberechtigten noch keine Angaben zu ihren Stimmabsichten macht.

Für die Befürwortenden überwiegt das Argument, dass der Anteil der ambulanten Behandlungen in der Schweiz viel tiefer als anderswo ist, obwohl ambulante Behandlungen günstiger sind. Schuld daran seien die heutigen Fehlanreize, weil die Kantone heute nur stationäre Behandlungen mitfinanzieren. Durch das Korrigieren dieser Fehlanreize lassen sich Kosten sparen. Für die Gegnerschaft der Vorlage überwiegt das Argument, dass die Prämien und Kostenbeteiligungen mit Efas noch stärker zu steigen drohen, weil viele Kosten weg von den Kantonen hin zu den Prämienzählenden verschoben werden.¹

¹Korrigendum: In der ersten Fassung dieses Berichts wurde bei der Gegnerschaft irrtümlicherweise das zweitwichtigste Argument als das wichtigste angegeben.



Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 11'170 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modellierten Antworten von Umfrageteilnehmenden (7'059 aus der Deutschschweiz, 3'852 aus der Romandie und 259 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 2. – 3. Oktober 2024
- Auswertungszeitraum: 4. – 7. Oktober 2024
- Stichproben-Fehlerbereich: ± 1.7 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Wahlumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 Minuti

Kontakt

Mario Stäuble, Ressortleiter Inland
mario.staeuble@tages-anzeiger.ch

Projektleitung: Mario Stäuble (mario.staeuble@tages-anzeiger.ch)

Projektkoordination: Jean-Claude Gerber (jean-claude.gerber@20minuten.ch), Edgar Schuler (edgar.schuler@tamedia.ch)

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Rahel Freiburghaus (freiburghaus@leewas.ch), Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch), Thomas Willi (willi@leewas.ch), Jenny Yin (yin@leewas.ch)



Über 20 Minuten

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe der Region Zürich lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zum reichweitenstärksten Schweizer Medientitel mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. In acht gedruckten Lokalausgaben fünfmal die Woche und digital rund um die Uhr informiert und unterhält 20 Minuten in drei Sprachen mit Geschichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Auf den digitalen Kanälen bietet 20 Minuten auch Bewegtbild, Audio-Formate, Radio und weitere zukunftsweisende Technologien. 20 Minuten ist ein Teil der TX Group und umfasst 20 Minuten, 20 minutes und 20 minuti, 20 Minuten Radio, lematin.ch, Encore und die Beteiligungen im Ausland (Lessentiel in Luxemburg und Heute in Österreich).

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören die drei grössten Zeitungsdruckereien der Schweiz zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende:

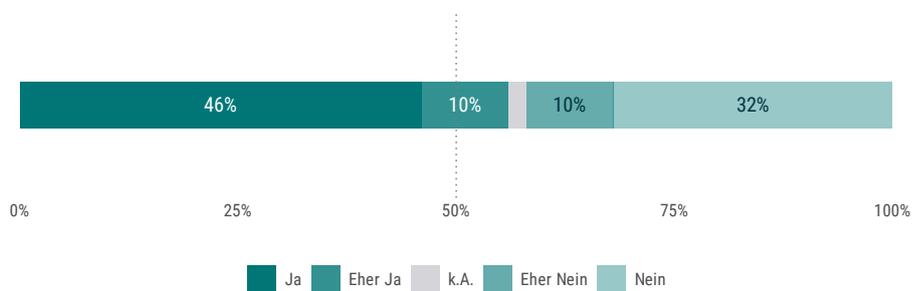
<https://www.tamedia.ch/de/unternehmen/newsroom/medienmitteilungen>



1 Autobahnausbau

Tabelle 1: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	%	
Ja	46	} 56
Eher Ja	10	
Eher Nein	10	} 42
Nein	32	
Keine Angabe	2	
Statistische Unschärfe (±)	2	



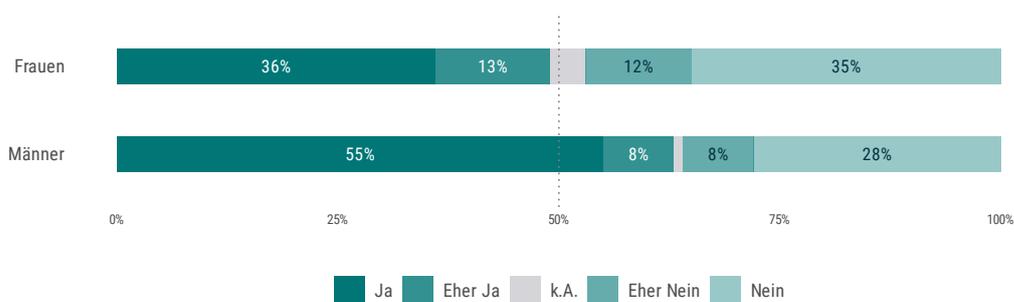
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	55	36
Eher Ja	8	13
Eher Nein	8	12
Nein	28	35
Keine Angabe	1	4
Statistische Unschärfe (\pm)	2	3



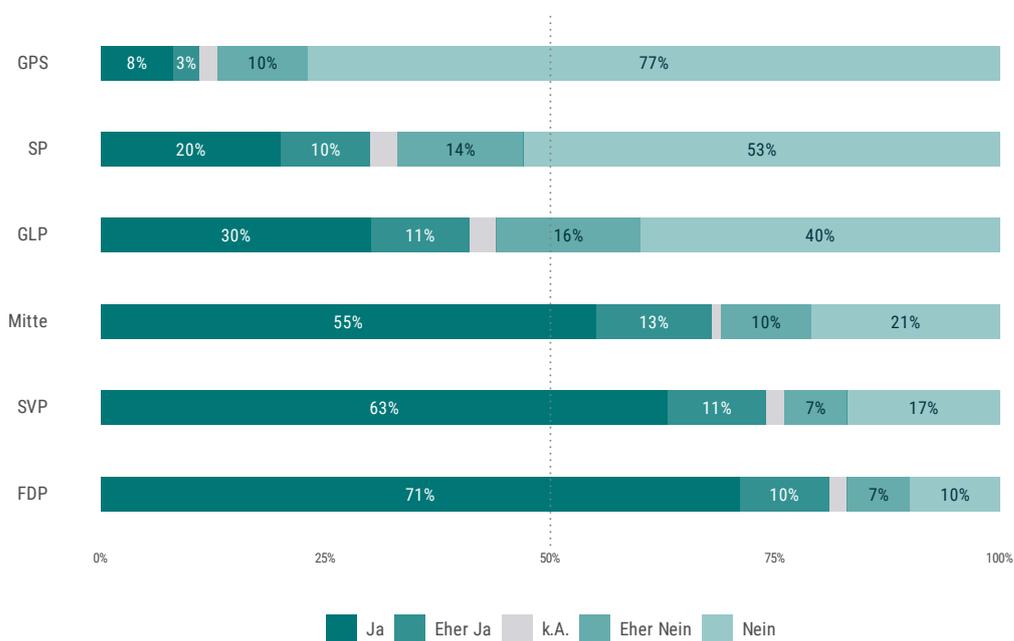
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	71	55	20	63	8	30
Eher Ja	10	13	10	11	3	11
Eher Nein	7	10	14	7	10	16
Nein	10	21	53	17	77	40
Keine Angabe	2	1	3	2	2	3
Statistische Unschärfe (±)	4	5	4	3	6	5



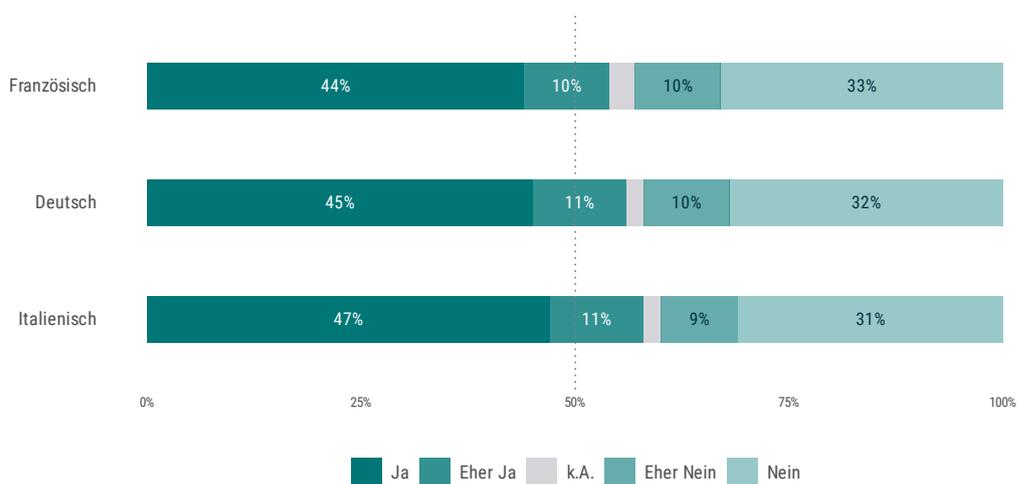
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	44	47
Eher Ja	11	10	11
Eher Nein	10	10	9
Nein	32	33	31
Keine Angabe	2	3	2
Statistische Unschärfe (\pm)	3	3	17



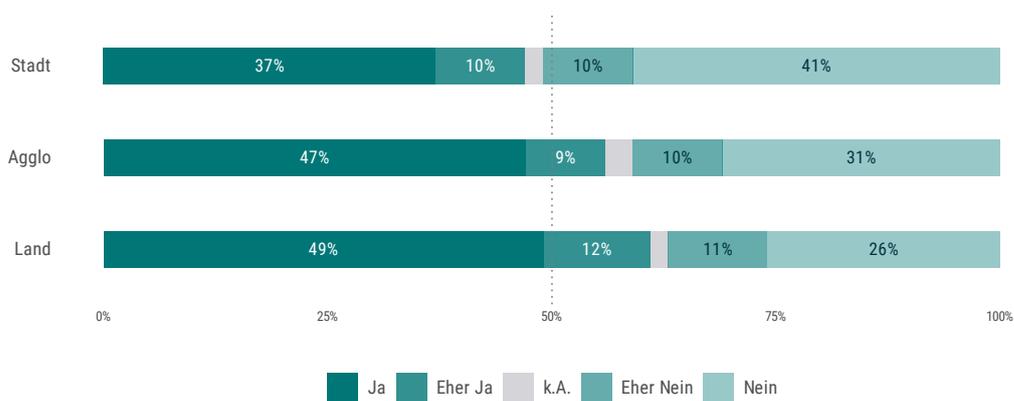
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	37	47	49
Eher Ja	10	9	12
Eher Nein	10	10	11
Nein	41	31	26
Keine Angabe	2	3	2
Statistische Unschärfe (±)	3	3	3



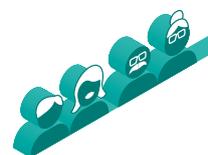
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	39	47	48	47
Eher Ja	12	11	11	8
Eher Nein	10	11	10	10
Nein	36	28	30	34
Keine Angabe	3	3	1	1
Statistische Unschärfe (±)	4	3	3	3



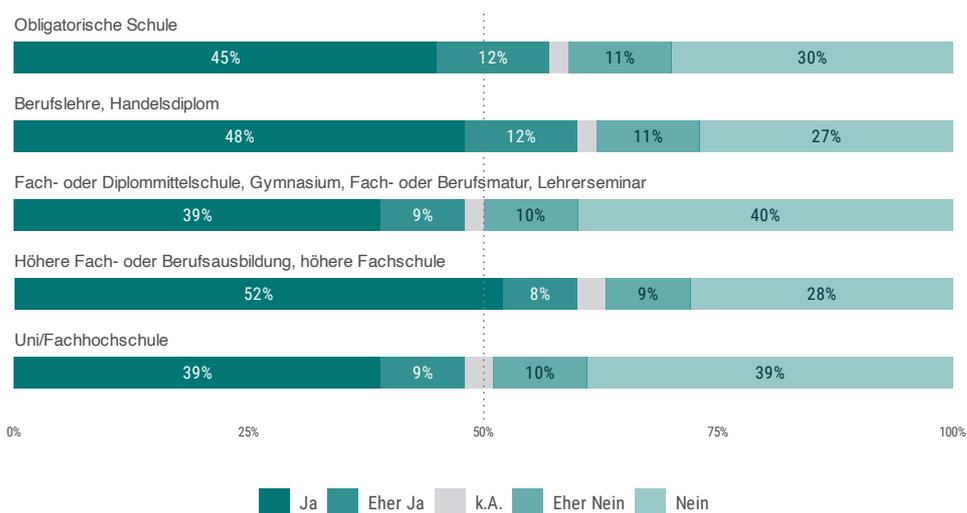
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 7: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	45	48	39	52	39
Eher Ja	12	12	9	8	9
Eher Nein	11	11	10	9	10
Nein	30	27	40	28	39
Keine Angabe	2	2	2	3	3
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2



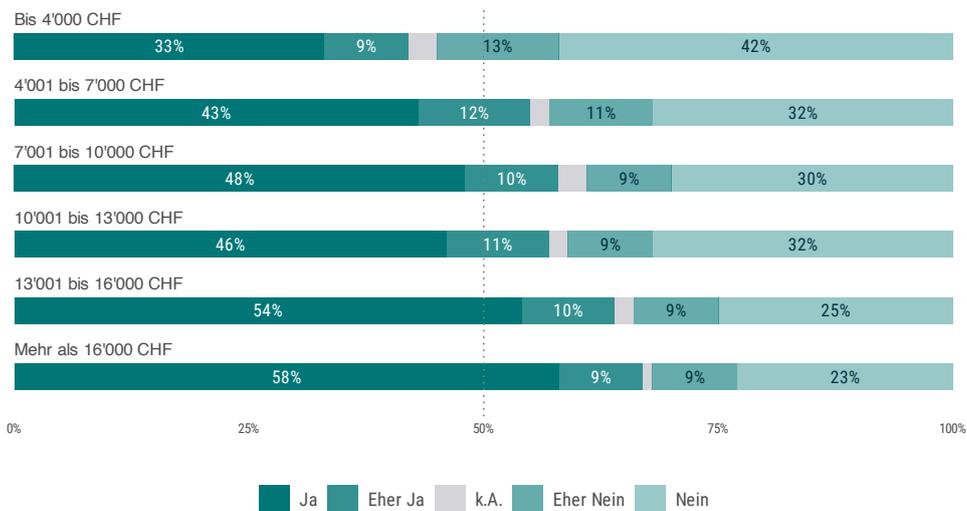
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 8: Werden Sie für den Autobahnausbau stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	33	43	48	46	54	58
Eher Ja	9	12	10	11	10	9
Eher Nein	13	11	9	9	9	9
Nein	42	32	30	32	25	23
Keine Angabe	3	2	3	2	2	1
Statistische Unschärfe (\pm)	6	3	3	4	5	4



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 9: Welches Argument spricht am ehesten für den Autobahnausbau?

	%
Der Ausbau sorgt dafür, dass es zu weniger Staus kommt und damit auch für eine Entlastung der Städte und Dörfer vor Ausweichverkehr.	48
Mit dem Ausbau werden keine neuen Autobahnen gebaut, sondern bestehende Engpässe gezielt behoben.	24
Die Beseitigung von Engpässen erhöht die Sicherheit: Unfälle können so verhindert werden und die Rettungskräfte haben eine sichere Durchfahrt.	14
Der Ausbau wird mit Mitteln aus dem Fonds für Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr (NAF) bezahlt. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden nicht zusätzlich belastet.	11
Ein anderes	2
Keines	1

Tabelle 10: Welches Argument spricht am ehesten gegen den Autobahnausbau?

	%
Mehr Strassen bedeuten mehr Verkehr. Staus nehmen bei einem Ausbau nur kurzfristig ab, wie die Erfahrung und Verkehrsforschung zeigen.	50
Der Ausbau steht im Widerspruch zu den Klimazielen. Diese können nur erreicht werden, wenn auch der Verkehr dazu einen Beitrag leistet.	27
Der Ausbau verbraucht grosse Flächen an Kulturland und fördert die Zersiedelung.	11
Die Ausbau-Projekte sind zu teuer. Das Geld sollte besser in den Klimaschutz investiert werden.	7
Ein anderes	4
Keines	1

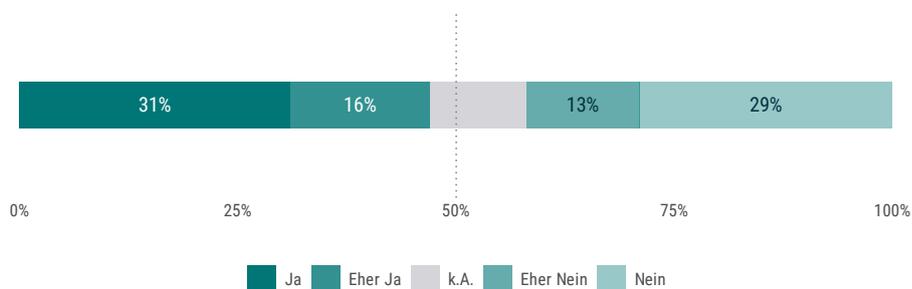
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2 Änderung des Mietrechts zur Untermiete

Tabelle 11: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	%	
Ja	31	} 47
Eher Ja	16	
Eher Nein	13	} 42
Nein	29	
Keine Angabe	11	
Statistische Unschärfe (±)		2



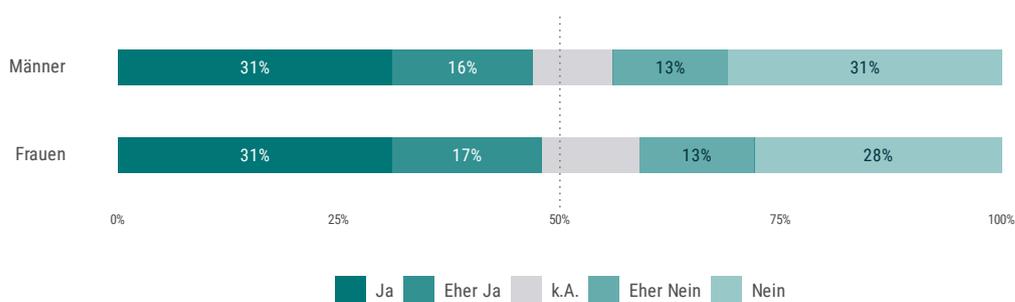
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 12: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	31	31
Eher Ja	16	17
Eher Nein	13	13
Nein	31	28
Keine Angabe	9	11
Statistische Unschärfe (±)	2	3



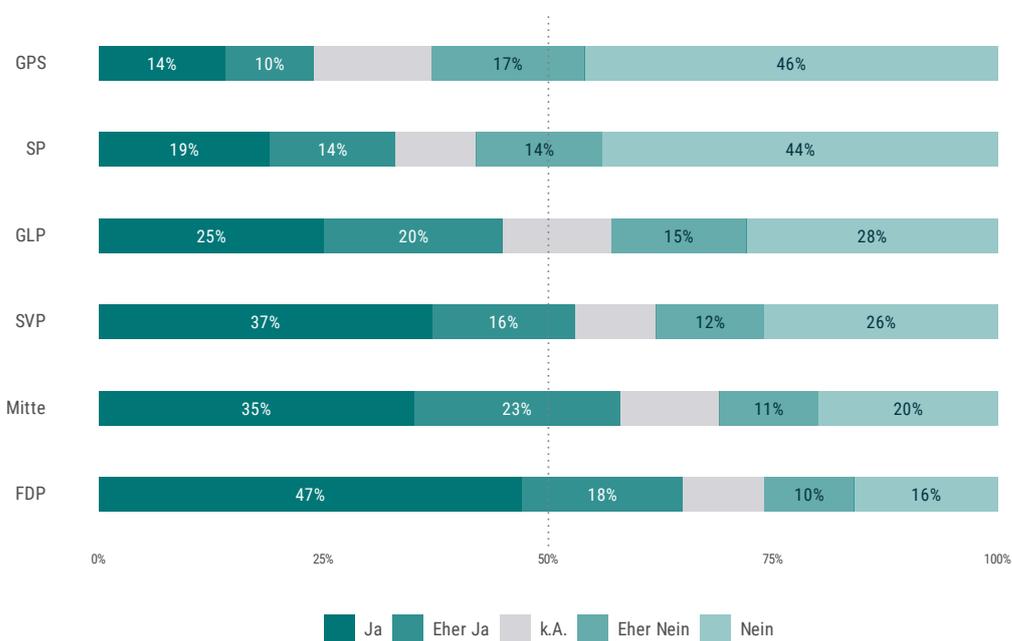
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 13: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	47	35	19	37	14	25
Eher Ja	18	23	14	16	10	20
Eher Nein	10	11	14	12	17	15
Nein	16	20	44	26	46	28
Keine Angabe	9	11	9	9	13	12
Statistische Unschärfe (±)	4	5	4	3	6	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 14: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	28	38	39
Eher Ja	15	20	21
Eher Nein	15	11	10
Nein	30	23	21
Keine Angabe	12	8	9
Statistische Unschärfe (\pm)	3	3	17



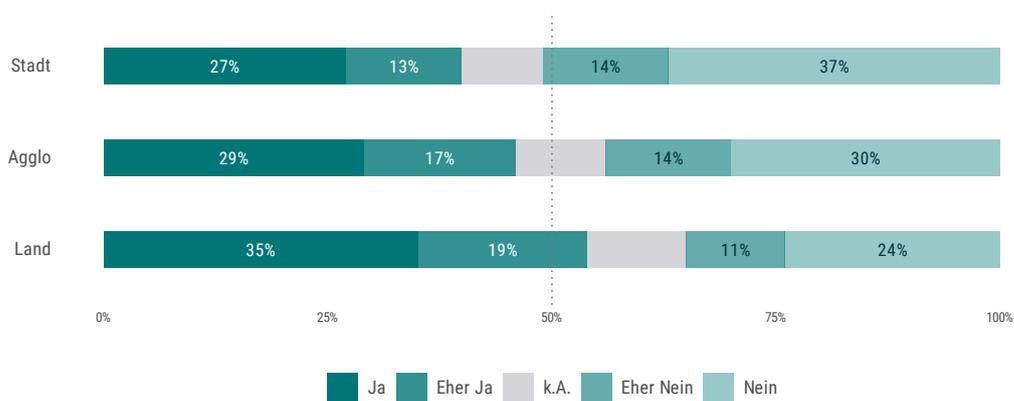
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 15: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	27	29	35
Eher Ja	13	17	19
Eher Nein	14	14	11
Nein	37	30	24
Keine Angabe	9	10	11
Statistische Unschärfe (±)	3	3	3



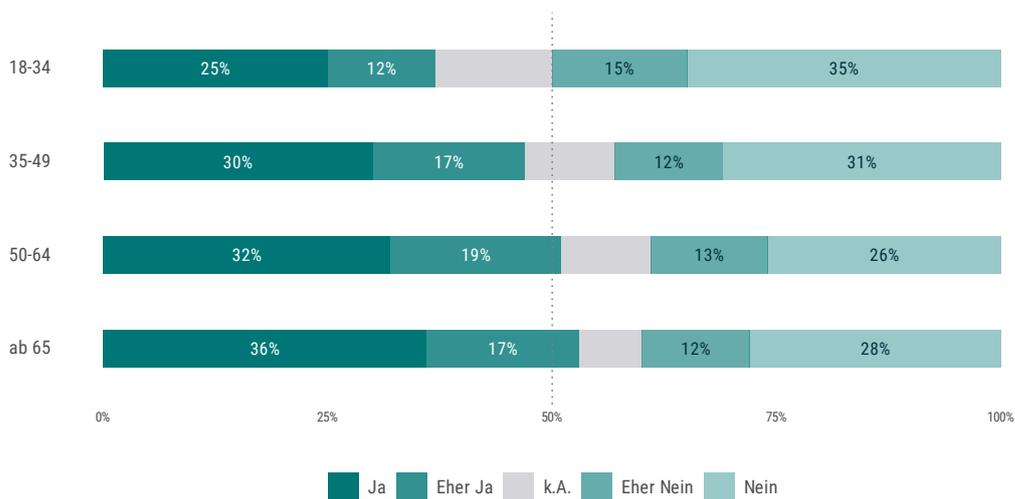
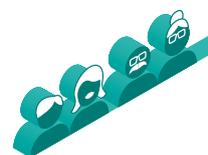
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 16: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	25	30	32	36
Eher Ja	12	17	19	17
Eher Nein	15	12	13	12
Nein	35	31	26	28
Keine Angabe	13	10	10	7
Statistische Unsicherheit (\pm)	4	3	3	3



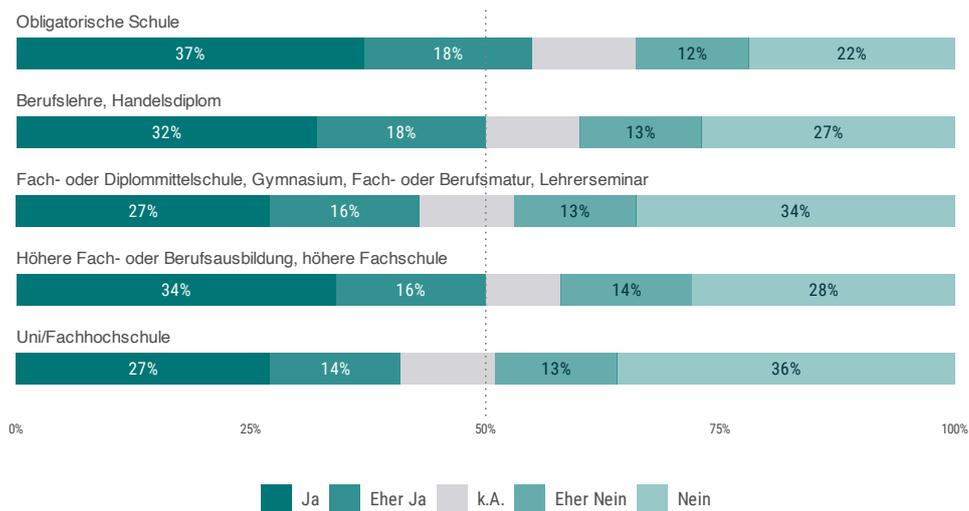
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 17: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	37	32	27	34	27
Eher Ja	18	18	16	16	14
Eher Nein	12	13	13	14	13
Nein	22	27	34	28	36
Keine Angabe	11	10	10	8	10
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2



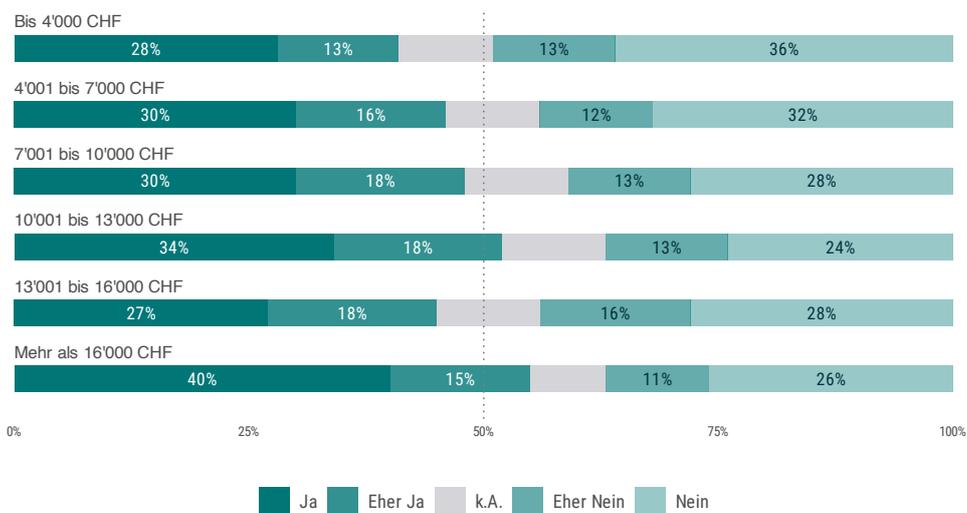
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 18: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	28	30	30	34	27	40
Eher Ja	13	16	18	18	18	15
Eher Nein	13	12	13	13	16	11
Nein	36	32	28	24	28	26
Keine Angabe	10	10	11	11	11	8
Statistische Unschärfe (\pm)	6	3	3	4	5	4



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 19: Welches Argument spricht am ehesten für die Änderung des Mietrechts zur Untermiete?

	%
Die Gesetzesänderung verhindert, dass eine Mieterin oder ein Mieter eine Wohnung zum Beispiel auf Vermietungsplattformen zu einem überhöhten Preis untervermietet.	38
Die neuen Bestimmungen schaffen Transparenz und Rechtssicherheit, was sowohl Vermieterinnen und Vermietern als auch den Untermietenden zugutekommt.	28
Für ehrliche Mietparteien entstehen keine Nachteile, da die Untervermietung während einer vorübergehenden Abwesenheit weiter möglich ist.	25
Andere Mieter und Mieterinnen einer Liegenschaft werden vor häufigen Untermieterwechseln geschützt.	6
Ein anderes	2
Keines	1



Tabelle 20: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Änderung des Mietrechts zur Untermiete?

	%
Die Vorlage ist überflüssig, da das Gesetz heute schon die Bekämpfung von Missbräuchen ermöglicht. So sind zum Beispiel zu hohe Mieten für die Untervermietung bereits verboten.	32
Der Kündigungsschutz wird aufgeweicht, da Vermietende künftig aufgrund einer missbräuchlichen Untermiete eine Kündigung mit einer Frist von nur 30 Tagen aussprechen könnten.	24
Die Gesetzesänderung erschwert Mieterinnen und Mietern das Teilen von hohen Mietkosten, etwa durch Untervermietung eines Einzelzimmers.	23
Die maximale Mietdauer von zwei Jahren verunmöglicht Wohngemeinschaften, die längere Zeit Bestand haben sollen.	16
Ein anderes	3
Keines	2

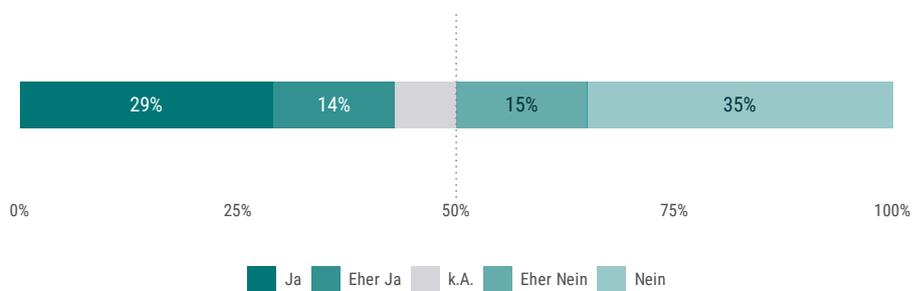
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3 Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs

Tabelle 21: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	%	
Ja	29	} 43
Eher Ja	14	
Eher Nein	15	} 50
Nein	35	
Keine Angabe	7	
Statistische Unschärfe (±)	2	



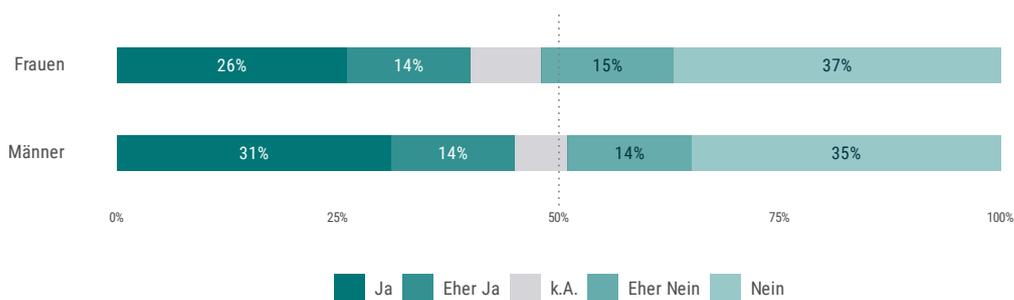
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 22: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	31	26
Eher Ja	14	14
Eher Nein	14	15
Nein	35	37
Keine Angabe	6	8
Statistische Unschärfe (±)	2	3



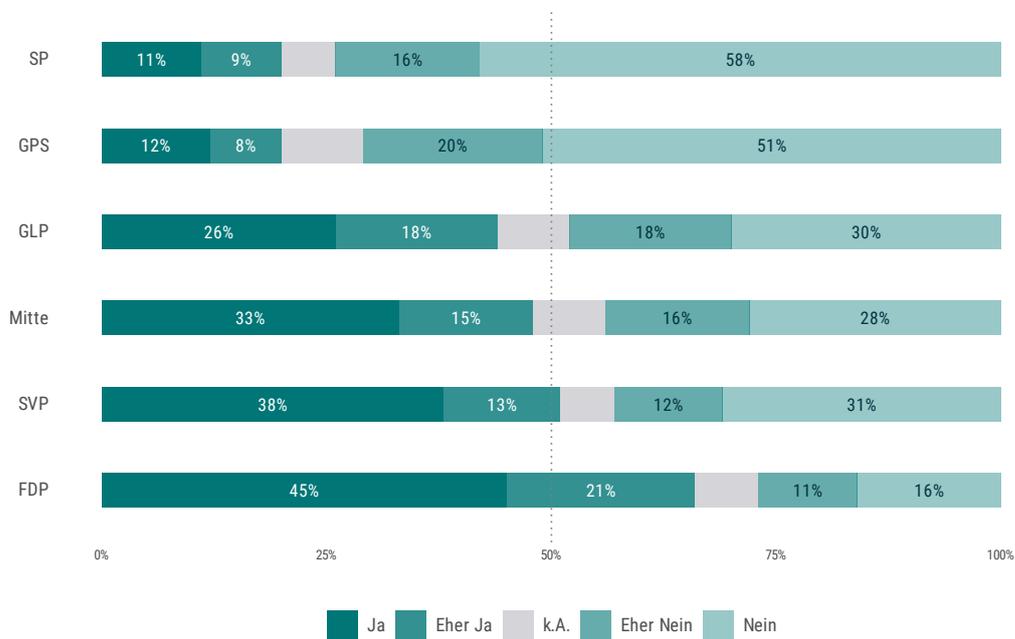
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 23: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	45	33	11	38	12	26
Eher Ja	21	15	9	13	8	18
Eher Nein	11	16	16	12	20	18
Nein	16	28	58	31	51	30
Keine Angabe	7	8	6	6	9	8
Statistische Unschärfe (±)	4	5	4	3	6	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 24: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	30	28	31
Eher Ja	14	13	14
Eher Nein	15	16	14
Nein	35	35	31
Keine Angabe	6	8	10
Statistische Unschärfe (\pm)	3	3	17



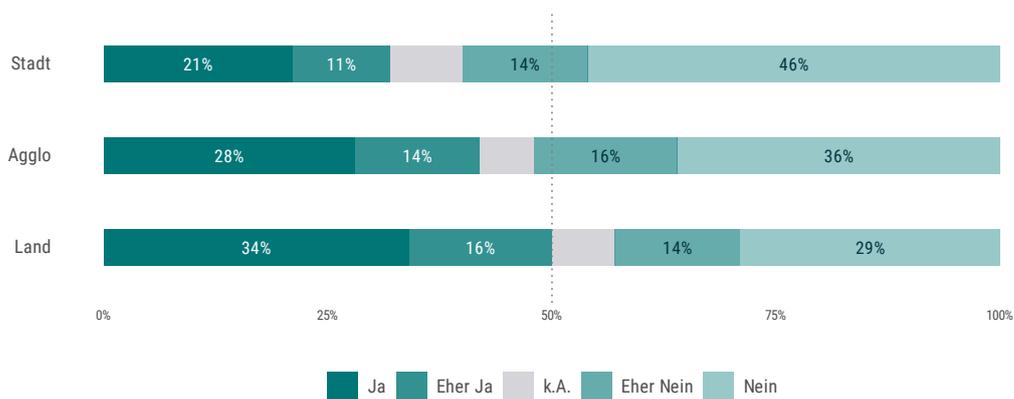
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 25: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	21	28	34
Eher Ja	11	14	16
Eher Nein	14	16	14
Nein	46	36	29
Keine Angabe	8	6	7
Statistische Unschärfe (\pm)	3	3	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 26: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	21	30	32	32
Eher Ja	13	12	16	13
Eher Nein	15	15	14	14
Nein	40	36	32	35
Keine Angabe	11	7	6	6
Statistische Unschärfe (±)	4	3	3	3



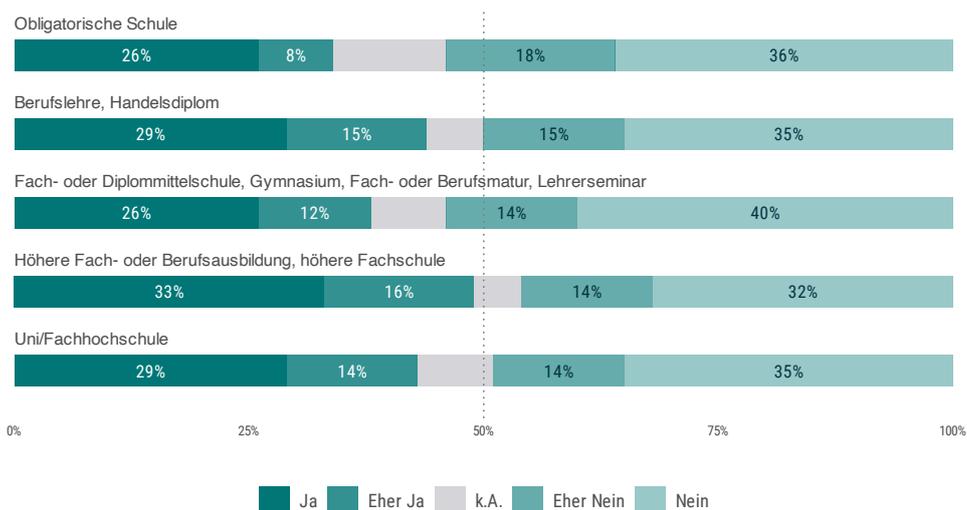
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 27: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	26	29	26	33	29
Eher Ja	8	15	12	16	14
Eher Nein	18	15	14	14	14
Nein	36	35	40	32	35
Keine Angabe	12	6	8	5	8
Statistische Unschärfe (\pm)	9	3	5	3	2



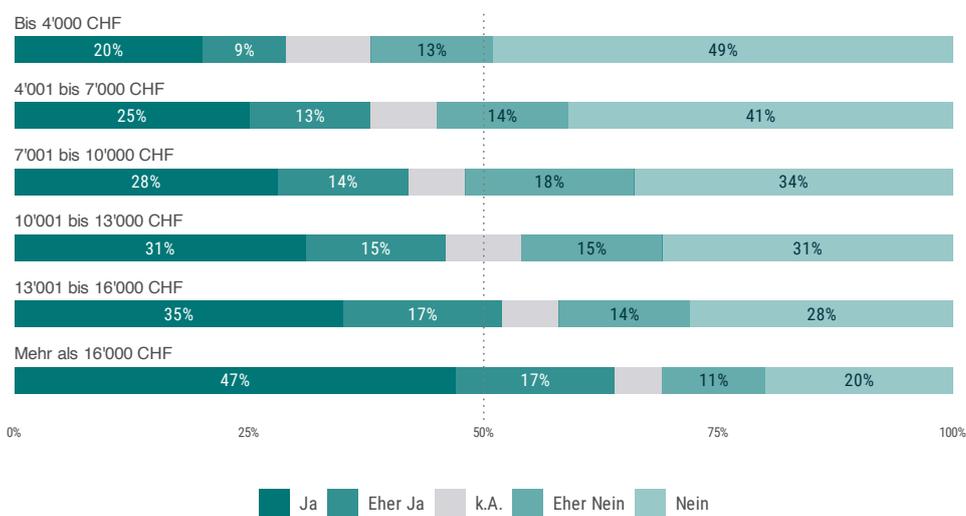
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 28: Werden Sie für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	20	25	28	31	35	47
Eher Ja	9	13	14	15	17	17
Eher Nein	13	14	18	15	14	11
Nein	49	41	34	31	28	20
Keine Angabe	9	7	6	8	6	5
Statistische Unschärfe (\pm)	6	3	3	4	5	4



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 29: Welches Argument spricht am ehesten für die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs?

	%
Die Eigentumsfreiheit wird gestärkt, da Eigenbedarfs-Kündigungen mit der Gesetzesänderung besser durchgesetzt werden können.	55
Die Gesetzesänderung führt nicht zu Massenkündigungen, da sie nur eine kleine Zahl von Fällen bei Eigentümerwechseln und Eigenbedarf betrifft.	26
Die Rechte der Mieterinnen und Mieter bleiben erhalten, da Mieterinnen und Mieter auch weiterhin gegen eine Eigenbedarfs-Kündigung klagen können.	15
Ein anderes	2
Keines	2



Tabelle 30: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Änderung des Mietrechts zur Kündigung wegen Eigenbedarfs?

	%
Die Vorlage begünstigt Kündigungen unter dem Vorwand des Eigenbedarfs, um Mieter loszuwerden und die Wohnung nachher teurer neu zu vermieten.	48
Der Kündigungsschutz wird stark geschwächt, weil Mietenden künftig auch gekündigt werden darf, wenn der Eigenbedarf der Vermieterschaft nicht – wie bisher – «dringend» ist.	29
Das Gesetz erlaubt Eigenbedarfs-Kündigungen schon heute, wenn Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Wohnung an Verwandte oder Familienmitglieder vermieten wollen.	21
Ein anderes	1
Keines	1

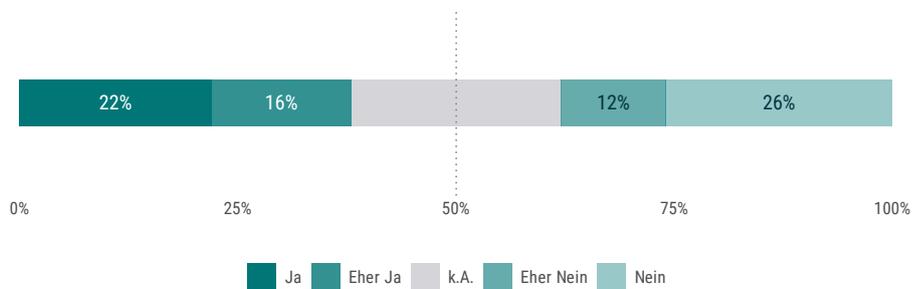
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4 Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen

Tabelle 31: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	%	
Ja	22	} 38
Eher Ja	16	
Eher Nein	12	} 38
Nein	26	
Keine Angabe	24	
Statistische Unschärfe (±)	2	



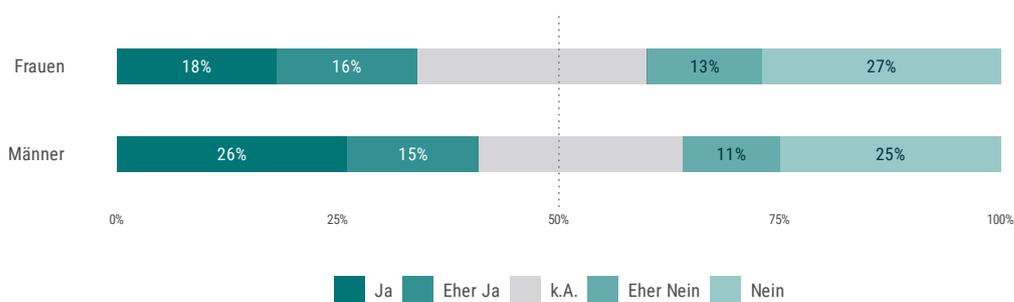
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 32: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	26	18
Eher Ja	15	16
Eher Nein	11	13
Nein	25	27
Keine Angabe	23	26
Statistische Unschärfe (±)	2	3



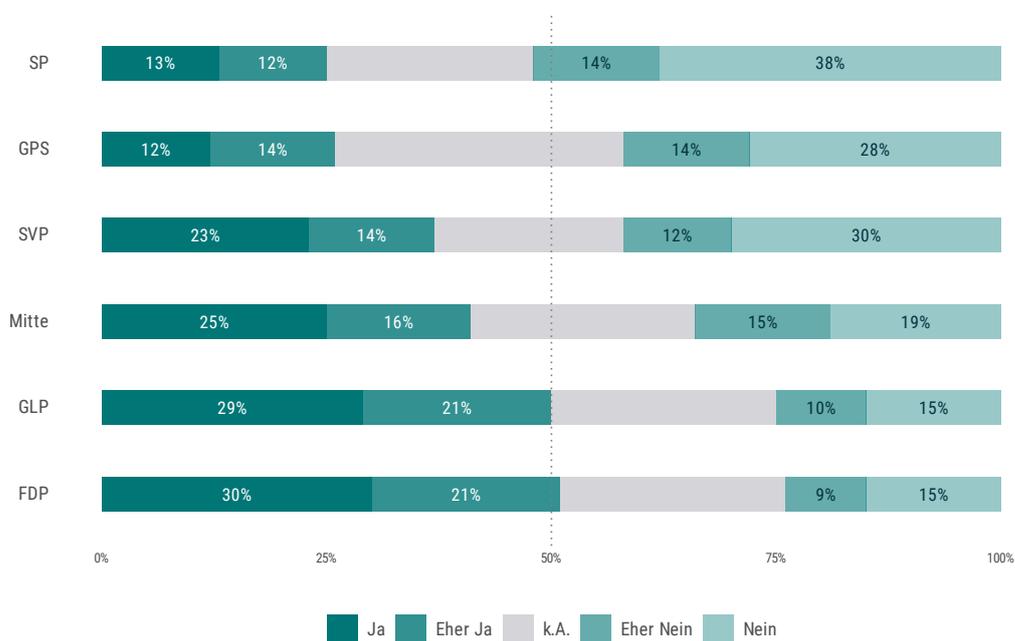
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 33: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	30	25	13	23	12	29
Eher Ja	21	16	12	14	14	21
Eher Nein	9	15	14	12	14	10
Nein	15	19	38	30	28	15
Keine Angabe	25	25	23	21	32	25
Statistische Unschärfe (±)	4	5	4	3	6	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 34: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	23	19	27
Eher Ja	16	13	18
Eher Nein	12	14	12
Nein	27	27	25
Keine Angabe	22	27	18
Statistische Unschärfe (\pm)	3	3	17



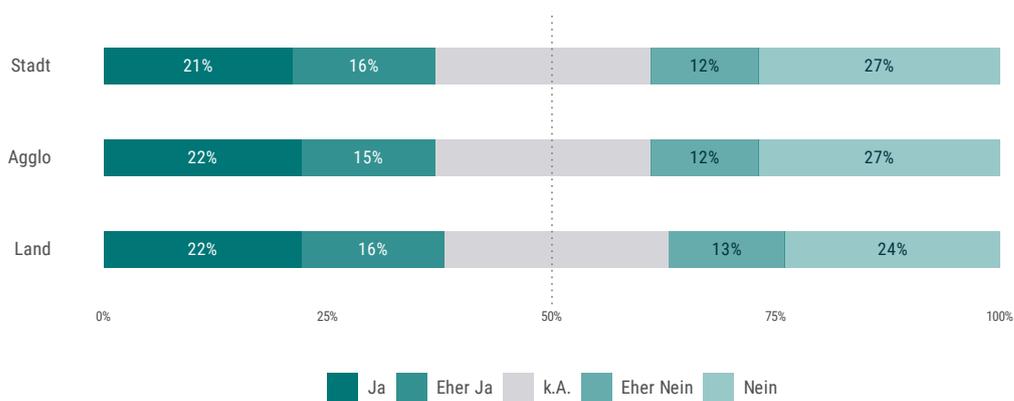
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 35: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	21	22	22
Eher Ja	16	15	16
Eher Nein	12	12	13
Nein	27	27	24
Keine Angabe	24	24	25
Statistische Unschärfe (\pm)	3	3	3



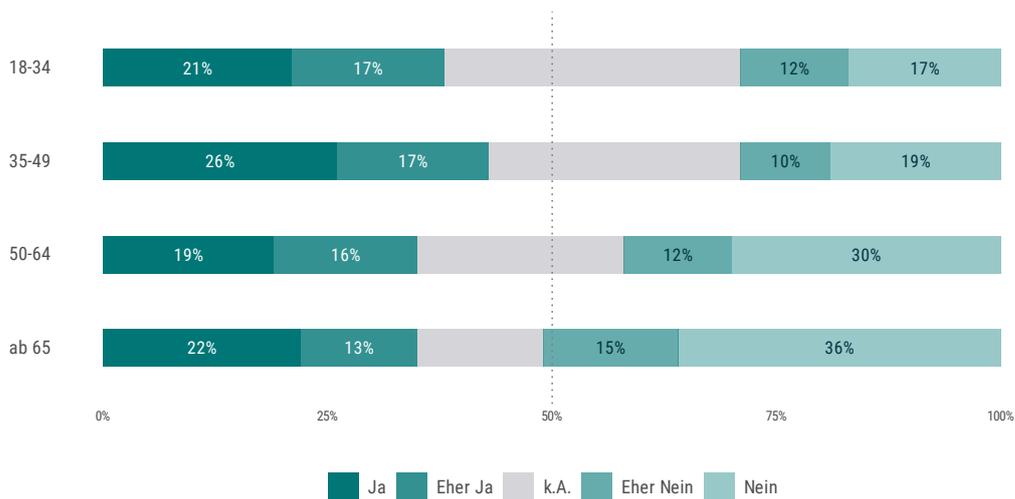
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 36: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	21	26	19	22
Eher Ja	17	17	16	13
Eher Nein	12	10	12	15
Nein	17	19	30	36
Keine Angabe	33	28	23	14
Statistische Unsicherheit (\pm)	4	3	3	3



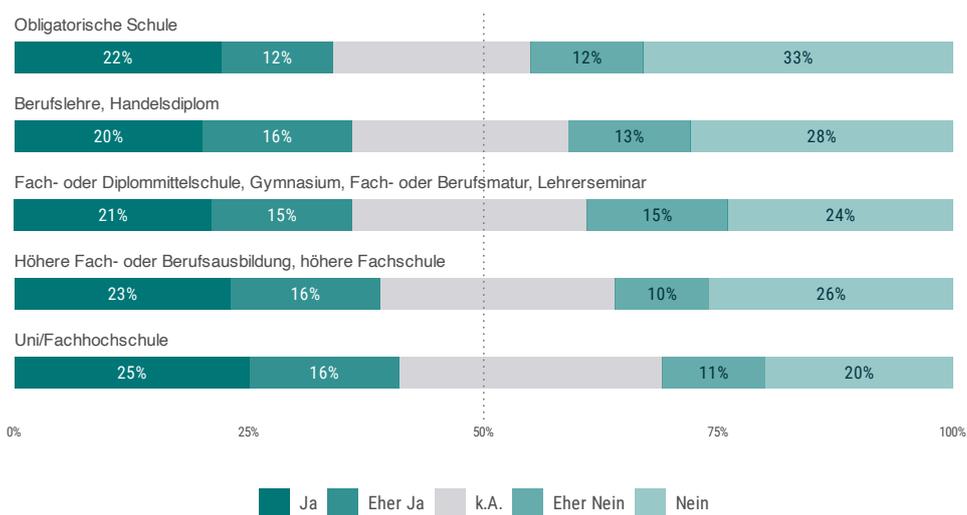
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 37: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	22	20	21	23	25
Eher Ja	12	16	15	16	16
Eher Nein	12	13	15	10	11
Nein	33	28	24	26	20
Keine Angabe	21	23	25	25	28
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2



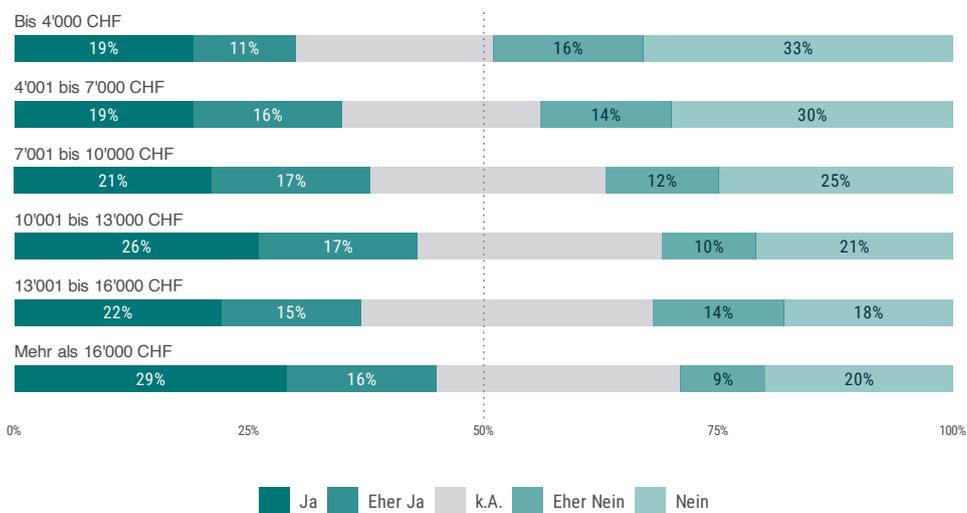
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 38: Werden Sie für die Efas-Vorlage stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	19	19	21	26	22	29
Eher Ja	11	16	17	17	15	16
Eher Nein	16	14	12	10	14	9
Nein	33	30	25	21	18	20
Keine Angabe	21	21	25	26	31	26
Statistische Unschärfe (\pm)	6	3	3	4	5	4



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



4.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 39: Welches Argument spricht am ehesten für die einheitliche Finanzierung?

	%
Der Anteil der ambulanten Behandlungen ist in der Schweiz viel tiefer als anderswo, obwohl ambulante Behandlungen günstiger sind. Schuld daran sind die heutigen Fehlanreize, weil die Kantone heute nur stationäre Behandlungen mitfinanzieren. Durch das Korrigieren dieser Fehlanreize lassen sich Kosten sparen.	49
Die Prämienzahlenden profitieren, da sich die Kantone neu im wachsenden ambulanten Bereich und bei den Medikamenten beteiligen.	19
Efas fördert die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen, was die Qualität der Behandlungen für die Patienten erhöht.	12
Die Verlagerung in den ambulanten Bereich führt dazu, dass Gesundheitsfachpersonen geregeltere Arbeitszeiten haben werden und damit die Gesundheitsberufe attraktiver werden.	11
Keines	5
Ein anderes	4

Tabelle 40: Welches Argument spricht am ehesten gegen die einheitliche Finanzierung?

	%
Mit Efas drohen die Prämien und Kostenbeteiligungen noch stärker zu steigen, weil viele Kosten weg von den Kantonen hin zu den Prämienzahlenden verschoben werden.	47
Die Verschiebung vieler Kosten weg von den Kantonen hin zu den Prämienzahlenden ist unsozial, da die Prämien pro Kopf bezahlt werden, unabhängig von Einkommen und Vermögen.	22
Die Vorlage bedeutet eine Machtverschiebung von den Kantonen hin zu den Krankenkassen, da diese künftig einen grösseren Anteil der Gelder für das Gesundheitswesen verwalten.	15
Müssen Krankenkassen den grössten Teil der Pflegekosten bezahlen, wächst der Spardruck, was beim Pflegepersonal zu tieferen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen führen könnte.	12
Ein anderes	2
Keines	2

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



5 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 11'170 UmfrageteilnehmerInnen (7'059 aus der Deutschschweiz, 3'852 aus der Romandie und 259 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α -Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.7\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 2. – 3. Oktober 2024 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modelliert.

6 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 41, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 41: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht



zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.² Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)

²Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



7 Methodik der offenen *design*-basierten Umfragen

In der Umfrageforschung gibt es zwei verschiedene Arten, wie Teilnehmende zur Befragung gelangen. Als Standard galt lange die Telefonumfrage, die auf der Theorie der Zufallsstichprobe aufbaut. Hier wurde eine sogenannte "repräsentative" Stichprobe von ca. 1'000 Teilnehmenden befragt. Die Analyse dieser Stichprobe war einfach, präzise und robust, solange jede Person dieselbe Wahrscheinlichkeit hatte, per Telefon befragt zu werden. Heute sind jedoch viele Personen kaum mehr telefonisch erreichbar und/oder möchten oft nicht an diesen Umfragen teilnehmen. Dass Personen, die erreichbar sind und an Befragungen teilnehmen, sich systematisch von jenen unterscheiden, die nicht erreichbar sind und nicht teilnehmen, führt zu erheblichen Problemen für die telefonischen Umfragen.

Diese Probleme sind bekannt und es wurden neue Methoden entwickelt, die einen anderen Ansatz verfolgen. Es handelt sich dabei um sogenannte *design*-basierte Umfragen. Der grösste Unterschied zu den Telefonumfragen ist zum einen die Grösse der Stichprobe und zum anderen die eingesetzten statistischen Modellierungsverfahren, welche bei Telefonumfragen nicht zur Anwendung kommen (siehe auch [Tabelle 42](#) für eine Gegenüberstellung der beiden Methoden). Wir haben diesen Ansatz 2014 in der Schweiz eingeführt und dadurch die Qualität der politischen Umfragen der Schweiz nachhaltig verbessert (siehe beispielsweise die damalige Berichterstattung: [NZZ, Die Zeit, Südostschweiz](#)).

Eine weitere Unterscheidung ist, ob Umfragen offen oder geschlossen sind. Bei offenen Umfragen können im Prinzip alle Personen teilnehmen, was bei geschlossenen Befragungen nicht möglich ist – in diesem Falle erfolgt die Teilnahme über eine individuelle Einladung. Wir führen beide Befragungsarten durch, die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen führen wir jedoch offen durch, es können also alle Personen mit einem Internetzugang teilnehmen. Im Folgenden diskutieren wir die Logik der offenen Umfragen und die erforderliche statistische Modellierung für diese Form der Umfragen.

Bei offenen Umfragen nehmen Personen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich oft teil. Deshalb bedarf es einer komplexen statistischen Modellierung, um mögliche Verzerrungen auszugleichen. Das Augenmerk unserer Ansatzes liegt deshalb weniger auf der Erstellung der Stichprobe, sondern auf der statistischen Modellierung der Rohdaten. Dafür analysieren wir politische, geografische und demografische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren. Die theoretische Fundierung der modellbasierten Analyse orientiert sich unter anderem an der aktuellen Forschung zu Mehrebenenmodellen und Poststratifikation.³ Unsere statistische Methode wertet in mehreren Schritten Daten über die Zusammensetzungen der Wähler*innenschaft im Vergleich zur Stichprobe aus. Skizzenhaft sieht dieser Prozess folgendermassen aus:

- Im ersten Schritt werden verschiedene Idealtypen definiert, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnen, einen Lehrabschluss haben und mit der FDP sympathisieren.
- Im zweiten Schritt schätzen wir Bayesianische Mehrebenenmodelle und berechnen für je-

³Lesen Sie dazu auch den folgenden Blogbeitrag [hier](#) oder die aufgelisteten Publikationen am Ende des Berichts.



den möglichen Idealtypen die erwartete Unterstützung.

- Im dritten Schritt berechnen wir die Unterstützung in der gesamten Stimmbevölkerung.

Unser Ansatz basiert auf unserer langjährigen akademischen Forschung, die wir in renommierten Fachzeitschriften publiziert haben (*American Political Science Review*, *American Journal of Political Science* und *Journal of Politics*). Insofern ist die Auswertung der 20-Minuten/Tamedia-Abstimmungs-umfragen ein Spin-off der universitären Forschung von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen. Die konkrete methodische Durchführung ist komplex, aber die Intuition der Methodik ist einfach: Der Fokus liegt nicht auf der Erstellung der "zufälligen" Stichprobe, sondern in der Auswertung der grossen Onlinestichprobe (in unserem Fall sind dies mehr als 10'000 Befragte).

Die Durchführung der statistischen Modellierung ist mit mehreren Modellierungsentscheidungen verbunden, welche wir permanent überprüfen und hinterfragen. Eine wichtige Annahme unserer Methode ist, dass sich beispielsweise die 18-35 jährigen Bernerinnen, die eine Berufslehre absolviert haben, in der Stadt leben, mit der FDP sympathisieren und an der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage teilnehmen, nicht systematisch von den 18-35 jährigen Bernerinnen mit denselben Merkmalen unterscheiden, die nicht an der Umfrage teilnehmen.⁴ Tabelle 42 fasst die wesentlichen Unterschiede in der Methodik von Online- und Telefonumfragen zusammen.

Tabelle 42: Vergleich Online- und Telefonumfragen

	Moderne Umfragen	Traditionelle Umfragen
Fokus	Bereinigung und Modellierung	Erstellung der pseudo-zufälligen Stichprobe
Theorie	Mehrebenenmodelle Poststratifikation	Zufallsstichprobe
Stärken	Funktioniert auch bei hoher non-response	einfach
Schwächen	Komplexe Modellierung notwendig	Zufallsstichproben sind unerreichbares Ideal

⁴Bei jungen Leuten ist diese Annahme wohl unproblematisch, nicht aber bei älteren Wähler*innen.



8 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?

Die Genauigkeit von Abstimmungsumfragen zu eruieren ist gar nicht so einfach, da sich die Unterstützung von Vorlagen über die Zeit verändert und in den letzten Tagen vor dem Abstimmungssonntag in der Schweiz keine Umfragen mehr publiziert werden. Grundsätzlich sind die etablierten Umfragen in der Schweiz von guter Qualität. Wichtig ist zudem, dass eine Mehrzahl von seriös durchgeführten Umfragen die Qualität insgesamt verbessert und den Informationsstand der Bevölkerung steigert. Elementar ist aus unserer Sicht, dass Umfragen öffentlich publiziert werden und nicht exklusiv einzelnen Interessengruppen für Ihre Kampagnen zur Verfügung stehen. Wenn Umfrageresultate als *res publica* für alle zugänglich, bieten diese eine demokratisch wertvolle Orientierungshilfe. Trotzdem sollten Umfragen immer mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Gehen wir also zurück zur Frage, wie genau die Umfrageresultate eigentlich sind. Der folgende Vergleich soll es jeder Leser*in erlauben, sich ein eigenes Bild in Bezug auf die Qualität der etablierten Umfragen in der Schweiz zu machen. Hierzu vergleichen wir die Resultate unserer *design*-basierten Methode mit jener der SRG-Trendstudien, welches die andere regelmässige Umfrage im Vorfeld von eidgenössischen Vorlagen ist. Für diesen Vergleich setzen wir die Umfrageresultate dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis gegenüber. Dafür werden die letzten publizierten Werte mit dem Abstimmungsergebnis verglichen.⁵ Dieser Vergleich ist unter der Annahme informativ, dass sich die Meinungen in den letzten zwei Wochen vor der Abstimmung nicht mehr (oder nur minim) verändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft ist eine empirische Frage.

[Tabelle 44](#) auf der folgenden Seite weist alle Ja-Stimmenanteile unserer letzten Umfrage (20 Minuten-/Tamedia), der letzten SRG-Trendumfrage und das tatsächliche Ergebnis für alle Abstimmungen seit Februar 2014 aus. Insgesamt zeigen die Resultate, dass es Abweichungen zwischen diesen beiden etablierten Umfragen und den tatsächlichen Abstimmungsergebnissen gibt.⁶ Der Verlauf über mehrere Umfragen ist oft hilfreich für eine genauere Approximation, aber solche Trendanalysen sind auch stark von Annahmen getrieben. Insgesamt unterstreichen diese Erkenntnisse wiederum die Notwendigkeit von mehreren Umfragen. Wir können uns nicht auf eine einzige Umfrage oder einen spezifischen Trend verlassen, sondern sollten alle verfügbaren Informationen interpretieren.

⁵In der Schweiz werden die letzten Werte jeweils zehn Tage vor dem jeweiligen Abstimmungssonntag veröffentlicht.

⁶Die durchschnittliche Abweichung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage ist mit 6.26%-Punkte leicht schlechter als jene der SRG Trendumfrage (6.19%-Punkte).



Tabelle 43: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat I

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Spekulationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	36	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	40	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	66	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Rentenreform	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
Finanzordnung	71	74	84	SRG Trendumfrage
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedelungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	61	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	57	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	43	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kindertrittbetr.	51	43	37	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampfjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage
KOVI	51	57	51	20 Minuten-/Tamedia
Verbot Kriegsmat-finanz.	41	50	43	20 Minuten-/Tamedia



Tabelle 44: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat II

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Burkainitiative	59	49	51	SRG Trendumfrage
E-ID-Gesetz	42	42	36	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Handelsvertrag Indonesien	52	52	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Trinkwasser-Initiative	41	44	39	20 Minuten-/Tamedia
Pestizidverbot	42	47	39	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	69	64	60	SRG Trendumfrage
CO2-Gesetz	53	54	48	20 Minuten-/Tamedia
PMT	63	62	57	SRG Trendumfrage
99-Prozent-Vi	34	37	35	20 Minuten-/Tamedia
Ehe für alle	67	63	64	SRG Trendumfrage
Pflegeinitiative	72	67	61	SRG Trendumfrage
Justiz-Initiative	37	41	32	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	68	61	62	SRG Trendumfrage
VI Tierversuchsverbot	18	26	21	20 Minuten-/Tamedia
VI Tabakwerbverbot	60	63	57	20 Minuten-/Tamedia
Abschaffung Stempelsteuern	35	39	37	SRG Trendumfrage
Medienförderung	42	46	45	SRG Trendumfrage
Filmgesetz	52	56	60	SRG Trendumfrage
Transplantationsgesetz	61	61	60	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Schengen Weiterentwicklung	64	69	71	SRG Trendumfrage
Massentierhaltungsinitiative	39	47	37	20 Minuten-/Tamedia
Zusatzfinanzierung AHV	56	63	55	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Bundesgesetz	55	59	51	20 Minuten-/Tamedia
Verrechnungssteuer	40	47	48	SRG Trendumfrage
OECD-Mindeststeuer	71	73	78	SRG Trendumfrage
Klimaschutzgesetz	56	63	59	20 Minuten-/Tamedia
Verlängerung Covid-Gesetz	62	67	62	20 Minuten-/Tamedia
13. AHV-Rente	59	53	58	20 Minuten-/Tamedia
Renteninitiative	33	35	25	20 Minuten-/Tamedia
VI Prämientlastung	50	50	45	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
VI Kostenbremse	45	41	37	SRG Trendumfrage
VI körperl. Unversehrtheit	23	22	26	20 Minuten-/Tamedia
Stromgesetz	64	73	69	SRG Trendumfrage
VI Biodiversität	42	46	37	20 Minuten-/Tamedia
BVG-Reform	37	42	33	20 Minuten-/Tamedia



Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autorenschaft

Rahel Freiburghaus arbeitet als Postdoc am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Ihre Dissertation verortet sich an der Schnittstelle von Föderalismus- und Interessengruppen- bzw. Lobbyingforschung und untersuchte, wie erfolgreich und unter welchen Rahmenbedingungen die Kantone auf die Bundespolitik einwirken. Sie unterrichtet diverse universitäre Lehrveranstaltungen (u.a. zu Reformideen für das politische System der Schweiz, den Schweizer Wahlen) und stellt ihre Expertise regelmässig den Medien ebenso wie einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Lucas Leemann ist ausserordentlicher Professor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg und als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi hat an der Universität Zürich doktriert und unterrichtet statistische Kurse zu Datenvisualisierung und Modellierungen. Er hat seine Doktorarbeit zur statistischen Modellierung politischer Entscheidungsprozesse von Bürger*innen und zu künstlicher Intelligenz geschrieben.

Jenny Yin hat in Zürich und Beijing Politikwissenschaften studiert mit den Schwerpunkten Datenjournalismus und politische Ökonomie und Philosophie. Zunächst war sie in der Sozial- und Marktforschung tätig und arbeitet heute in einem Teilzeitpensum beim Bundesamt für Statistik und bei LeeWas, wo sie neue Instrumente zur Schätzung und Visualisierung entwickelt.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.